

Diskussion neu entfacht

EU hält Rente mit 70 für notwendig – Diesen Vorschlag gab es auch hierzulande bereits

VADUZ – «EU will Rente mit 70» – diese Schlagzeile geisterte vor Kurzem durch die europäische Presse. Vielleicht ein Sommerlochthema, vielleicht ein Testballon. Doch neu ist die Forderung auch hierzulande nicht.

• **Holger Franke**

Geht es nach der EU, dann können die heutigen Schüler frühestens mit 70 Jahren in Rente gehen – in der EU wohlgerne. Finanz- und Wirtschaftskrise hätten dramatische Auswirkungen auf öffentliche Kassen und Unternehmen, heisst es in einem in Brüssel vorgestellten Strategiepapier. Angesichts der hohen Reserven können sich die Verantwortlichen der liechtensteinischen AHV beinahe entspannt zurücklehnen. Beinahe. Wären da nicht das Haushaltsloch sowie der so oft

zitierte demografische Wandel, der auch uns betrifft. «Wir stehen vor der Wahl, entweder im Ruhestand über weniger Einkommen zu verfügen, höhere Pensions- und Rentenbeiträge zu zahlen oder mehr und länger zu arbeiten», fasste EU-Sozialkommissar László Andor das Szenario zusammen. Für viele dürfte dies jedoch die Wahl zwischen der Pest und der Cholera sein.

Rente mit 70 will kaum jemand

Doch ganz ohne Einschnitte dürfte es auch bei uns nicht gehen – seit Jahren sind immer wieder Arbeitsgruppen der Regierung damit beschäftigt, Massnahmen zur langfristigen Sicherung der AHV zu erarbeiten. Die Erhöhung des Renteneintrittsalters ist dabei nur eine der möglichen Varianten. Allerdings eine, die auch hierzulande Anhänger gefunden hat. Bereits

im Februar hatte sich Fürst Hans-Adam II. für eine schrittweise Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 70 Jahre ausgesprochen (das «Volksblatt» berichtete). Der Zuspriech zum fürstlichen Vorschlag hielt sich seinerzeit aber in Grenzen: «Die Anhebung des Rentenalters als Allheilmittel zur Sanierung der Altersvorsorge zu propagieren, erscheint mir doch sehr undifferenziert», sagte LANV-Präsident Sigi Langenbahn noch im Februar gegenüber dem «Volksblatt». Und auch die Wirtschaftsverbände reagierten zögerlich, setzen eher auf mehr Flexibilität beim Renteneintrittsalter.

Regierung arbeitet an Bericht

Doch ausgerechnet das Loch im Staatshaushalt könnte nun Bewegung in die Diskussionen um die liechtensteinische AHV bringen.

Der Staatsbeitrag und vor allem die Kürzungssätze beim Rentenvorbezug stehen im Visier der Regierung: «Der Staatsbeitrag an die AHV wird voraussichtlich ab 2012 gesenkt werden, während ich mir nicht vorstellen kann, dass der Rentenvorbezug zeitgleich geändert wird», meint AHV-Direktor Walter Kaufmann. Stattdessen sei beim Rentenvorbezug eher damit zu rechnen, dass Anpassungen erst nach Ablauf einer Übergangsfrist erfolgen. Die Rente mit 70 hingegen hält Kaufmann dagegen zumindest kurzfristig für unwahrscheinlich: «Für mich gehört die Anhebung des ordentlichen Rentenalters von heute 64 Jahren nicht zu den möglichen Massnahmen der ersten Priorität.»

Bis zum Herbst will die Regierung einen entsprechenden Vernehmlassungsbericht erstellen.